

Jiri Pernes**Die Währungsreform in der Tschechoslowakei**

Die Vorbereitungen zur Währungsreform verliefen natürlich im Geheimen. Denn langten immer wieder unbestimmte Informationen an die Öffentlichkeit, daß irgend. im Gange ist. Nervosität griff um sich, die Schlangen vor den ohnehin schon halbleeren Geschäften wurden noch länger, und die letzten Warenbestände wurden gehamstert.

Die KP-Führung mußte damit rechnen, daß die Währungsreform auf Widerstand bei der Bevölkerung stoßen würde und bereitete sich entsprechend darauf vor. Der Minister für Staatssicherheit Karol Bacilek gab am 28. Mai 1953 einen Geheimbefehl „über die Sicherstellung einer besonderen Regierungsaktion“ heraus und bereitete konkrete Schritte gegen mögliche Ausbrüche von Unzufriedenheit vor.²⁷ Ähnliche Maßnahmen wurden bei den „Volksmilizen“ (Äquivalent der Kampfgruppen in der DDR) und der Armee durchgeführt. Letztere hatte auch Flugzeuge, Fahrzeuge und einige Einheiten bereitzustellen.²⁸ Das Zentralkomitee der KPTsch beriet erst am 30. Mai 1953 über die Währungsreform. Die Mehrheit der Mitglieder hatte keine Ahnung von dem, was vorbereitet wurde. Sie hatten zwar eine Einladung zum Plenum bekommen, als Hauptpunkt der Tagesordnung war jedoch die „Bewertung der Kreis- und Bezirkskonferenzen“ aufgeführt.²⁹ Mit dem tatsächlichen Programm machte Viliam Siroky die ZK-Mitglieder erst an Ort und Stelle bekannt. Dann informierte sie Antonin Zäpotocky über die Währungsreform, wobei er ausführte, daß es im Lande einen großen Kaufkraftüberhang gäbe, „der sich zum größten Teil in den Händen des Klassenfeindes, in den Händen der ehemaligen Kapitalisten und Dorfreichen befindet und für die konstante Entwicklung von sozialistischem Handel und Versorgung eine ständige Bedrohung darstellt. [...] Wollen wir den Klassenfeind unschädlich machen, müssen wir seine Möglichkeiten zur Schädlingstätigkeit einschränken, den gefährlichen Kaufkraftüberhang entwerten. Das werden wir mit der Währungsreform tun.“³⁰

Die Sitzung des ZK dauerte nur wenig länger als zwei Stunden. Seine Mitglieder nahmen die Erklärungen der führenden Funktionäre zur Kenntnis, unterstützten sie mit „stürmischem Beifall“ und fuhren wieder nach Hause. Noch am Vormittag billigte die Regierung, von Viliam Siroky informiert, den Gesetzentwurf über die Währungsreform, und ab 13 Uhr beschäftigte sich die Nationalversammlung mit dem gleichen Thema. Auch hier legte Viliam Siroky den Gesetzentwurf vor und erlangte die Zustimmung.³¹ Noch am gleichen Tag, am Samstag, dem 30. Mai 1953, konnten die Bürger ab 17 Uhr auf allen tschechoslowakischen Rundfunksendern die Erklärung der Regierung und des ZK über die Durchführung der Währungsreform hören. Am folgenden Tag konnten sie in den Sonntagsausgaben der Zeitungen die Einzelheiten nachlesen.

Die Währungsreform beruhte auf folgenden Grundsätzen:

- 1) Die Krone war dem Gesetz zufolge durch Gold gedeckt (1 Krone = 0,123426 g Feingold) und an den Rubel gebunden (1 Rubel = 1,80 Kö). Danach wurde der Wechselkurs zu anderen Währungen festgelegt.
- 2) Alle bislang gültigen Zahlungsmittel wurden ab sofort durch neue ersetzt, die in der UdSSR gedruckt worden waren. Der Umtauschkurs war nach Höhe der Bar- und Sparbeträge gestaffelt.
- 3) Das Markensystem für Lebensmittel und Industriegüter wurde abgeschafft, es wurde ein einheitlicher Markt für alle Güter eingeführt.

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

4) Zwischen den bisherigen Preisen der einzelnen Güter auf dem gebundenen und auf dem freien Markt wurde ein Ausgleich hergestellt.

5) Die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte wurden korrigiert sowie ein Teil der Löhne, sozialen Unterstützungszahlungen und Steuerbelastungen angepaßt.

6) Altguthaben bei den Banken, Versicherungen und Wertpapiere, die bei der Währungsreform 1945 eingefroren worden waren, wurden annulliert.

7) Ebenfalls annulliert wurden sämtliche staatlichen Schuldpapiere, einschließlich der nach 1945 herausgegebenen.

Die Bevölkerung interessierte sich verständlicherweise am meisten für den Umtausch von Altwährung in Neuwährung: Der größte Teil der Bevölkerung durfte bis zu 300 alte Kronen zum Kurs 5:1 umtauschen, den Rest zum Kurs 50:1. Sparguthaben wurden gestaffelt umgerechnet, von 5:1 (bis zu 5 000 Kronen) bis 30:1 (über 50 000 Kronen hinausgehende Beträge). Einlagen, die erst nach dem 15. Mai 1953 erfolgt waren, wurden 50:1 umgerechnet.³²

Durch die Währungsreform war der Staat auf einen Schlag wesentlich reicher geworden; dank der Liquidierung von Sparguthaben, eingefrorenen Guthaben und Lebensversicherungen konnte er 14 Milliarden Kronen einstreichen und so einen Teil der gigantischen Staatsverschuldung tilgen.³³ Mit diesem „großen Geldraub“, wie die westliche Presse die tschechoslowakische Währungsreform charakterisierte, löste das kommunistische Regime nicht nur seine unmittelbaren wirtschaftlichen Probleme, sondern schuf sich sogar eine ausreichende finanzielle Reserve und Raum für soziale Maßnahmen in der näheren Zukunft.

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Währungsreform

Die Folgen der Währungsreform und der Übergang auf den einheitlichen Markt traf den Großteil der Bevölkerung. Von der ungünstigen Umrechnung der Ersparnisse waren fast alle Bürger betroffen. Die Reform entwertete sowohl die Ersparnisse der angeblichen „Reste der Ausbeuterklassen“ wie auch der Kleinsparer, die sich ihre Guthaben meist nach 1948 erarbeitet hatten. Durch die Abschaffung des Markensystems verloren nicht nur bisher präferierte Berufsgruppen zahlreiche Vorteile, sondern auch die Kinder. Zum am schlimmsten betroffenen Personenkreis gehörten Familien mit mehreren Kindern; den Übergang zum einheitlichen Markt begleitete ein Anstieg der Preise.³⁴ Die Währungsreform hatte also ein Sinken des Realeinkommens der Bevölkerung zur Folge, was erhebliche Unzufriedenheit hervorrief. Hinzu kam, daß einige Betriebe die Anweisung, die Löhne schon am 20. Mai auszuzahlen, ignoriert hatten. Als die Beschäftigten ihr Geld am Monatsende erhielten, hatten sie keine Zeit mehr, es auszugeben und verloren es somit. Das mußte Verbitterung hervorrufen.³⁵

Der 30. und 31. Mai 1953, als die Menschen zu Hause von der Währungsreform erfuhren, verliefen so groß und ganz ruhig. Als sie jedoch am Montag zur Arbeit kamen, begannen sie, über die Angelegenheit zu diskutieren und ihrem Unmut Luft zu machen. Die Situation spitzte sich zu. Die Versammlungen, die in den Produktionshallen und Fabrikhöfen stattfanden, gingen vielerorts in spontane Streiks über, von denen in den kritischen Tagen der Währungsreform insgesamt 130 registriert wurden.³⁶

In einigen Städten ging die Unzufriedenheit über den Rahmen der Betriebe hinaus und manifestierte sich auf der Straße. Zu Demonstrationen gegen die Währungsreform und letztendlich gegen das kommunistische Regime kam es in Strakonice, Vimperk, Bohumin, Orlová

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

und Ostrau.³⁷ Die größten Demonstrationen fanden jedoch in Pilsen statt, wo die unzufriedenen Bürger sogar für kurze Zeit die Stadt beherrschten, einschließlich des Rathauses und des Stadtrundfunks, aus dem Protest gegen die Währungsreform, Hochrufe auf die Präsidenten Masaryk und Benel sowie Rufe nach Freiheit erschallten. Mit dem Einsatz von bewaffneten Einheiten des Grenzschatzes, Verstärkungen der Armee, der Volksmilizen und der Polizei aus Prag gelang es den Kommunisten in den Abendstunden des 1. Juni 1953, die Stadt wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.³⁸ Auf die gleiche Weise beruhigten die Ordnungskräfte die Situation auch in anderen Orten.

In den nachfolgenden Wochen wurden Personen verhaftet, die sich an den Streiks und Demonstrationen beteiligt hatten. Am meisten waren es in Pilsen, wo es sich um etwa 650 Personen handelte,³⁹ in Ostrau, wo 84 Personen in die Hände der Staatssicherheit fielen und in Prag, wo die Polizei 61 Personen verhaftete. Verhaftungen gab es aber auch in kleineren Städten wie z. B. Strakonice (18 Verhaftungen) oder Vimperk (9 Verhaftungen). Darauf folgte eine Welle von Gerichtsprozessen, die meisten davon natürlich in Pilsen. In der Zeit vom 13. bis zum 22. Juli fanden am Bezirksgericht in Pilsen 14 Prozesse statt, in denen 331 Personen verurteilt wurden.⁴⁰ Daneben rollte eine Welle außergerichtlicher Verfolgungen gegen verdächtige Personen durch das Land: Es erfolgten Entlassungen aus den Betrieben, Kündigungen des Mietverhältnisses oder gar Umsiedlungen an einen anderen Ort.

Das kommunistische Regime war auf die ablehnende Reaktion einiger Gruppen der Bevölkerung auf die Währungsreform durchaus vorbereitet. Die spontane und massenhafte Volkserhebung, wie gerade in Pilsen, überraschte dennoch und konnte nicht im Keim erstickt werden. Eine besonders unangenehme Überraschung war die große Zahl von ablehnenden Stimmen aus den Reihen der KPTsch-Mitglieder. Sie gaben ihrer Ablehnung verbal, durch die Rückgabe der Mitgliedsausweise, der Abbestellung der Parteipresse und sogar durch die Teilnahme an den Demonstrationen Ausdruck.⁴¹

Intern schloß die KPTsch die mit der Währungsreform verbundenen Angelegenheiten am 11. Juni mit einer Konferenz auf der Prager Burg ab, an der die führenden Bezirksfunktionäre, die ZK-Sekretäre der KP der Slowakei und führende Vertreter der Massenorganisationen teilnahmen. Die Hauptrede hielt Antonin Zäpotocky, der seinen Ruf als „und rücksichtsloser Mann“ bestätigte. Er charakterisierte die Währungsreform als „schwere Prüfung“ für die Partei, die sie mit Bravour bestanden habe. Er kritisierte jedoch auch zahlreiche Organisationsmängel, die seiner Meinung nach den Verlauf ernsthaft gefährdeten. Er verurteilte die verspätete Lohnauszahlung und fügte drohend hinzu, „daß über Anordnungen und Beschlüsse nicht diskutiert wird. Anordnungen und Beschlüsse der Partei haben durchgeführt zu werden.“ Er erkannte zwar an, daß sich die Arbeiter wegen reicher Mängel der Reform vielerorts geschädigt fühlen konnten, jedoch könne „das Erzwingen einer gerechten Forderung zu einer staatsfeindlichen Tat werden, falls [...] die Arbeiter die Erfüllung dieser Forderung mit Streiks und Demonstrationen, zu denen sie sich mit der Reaktion verbünden, erreichen wollen [...]“. Er verurteilte die Streiks der letzten Tage ohne Wenn und Aber und erklärte, es sei „Sache der Gewerkschaftsorganisation, den Arbeitern einzuhämmern, daß Arbeiter ohne die Gewerkschaftsorganisation nicht in den Streik treten dürfen. Ähnliche Aktionen haben wir nie geduldet.“ In diesem Zusammenhang rief er die Anwesenden auf, gegen Arbeiter, die gegen die KPTsch aufgetreten seien, hart und ohne Mitleid vorzugehen: „Wir dürfen nicht denken, daß dem Arbeiter alles erlaubt ist, und [müssen] einen Arbeiterkult formen.“ Er sprach über die Notwendigkeit, die Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu überzeugen, aber nur in gewissen Maßen. „So:

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

bald der Arbeiter auf der Seite des Klassenfeindes auftritt, gebe ich mir keine Mühe mehr ihn zu überzeugen. In diesem Falle mache ich ihm seine Tätigkeit unmöglich."

Zäpotocky lehnte alle Kompromisse und Rückzieher ab: „Wir haben alle Gründe dafür, eine starke Hand zu zeigen“, und fügte gleich hinzu, wie er sich das vorstellte: „Mitgliederüberprüfungen vornehmen, Schlüsse ziehen, auch nicht vor Kaderauswechselungen Halt machen [...], keine allgemeine Amnestie erlassen, versäumte Schichten und Stunden nicht bezahlen.“⁴²

Es handelte sich nicht um leere Drohungen. In der KPTsch fand in den folgenden Monaten tatsächlich eine Bewertung des Standpunktes eines jeden Mitgliedes zur Währungsreform statt, und die Beurteilung wurde in den Personalakten vermerkt. In einigen Fällen kam es so zu Entlassungen von Arbeitern und Angestellten oder wenigstens zur Zwangsversetzung an einen anderen Arbeitsplatz, in vielen Fällen folgte ein Ausschluß aus der Gewerkschaft. Die Säuberungen erreichten jedoch nicht das Ausmaß und die Intensität, die Zäpotocky vorschwebte. Daran hinderte ihn die ablehnende Haltung der KPdSU, die sich fürchtete, daß eine Massensäuberung zu neuen Komplikationen der innenpolitischen Lage der Tschechoslowakei führen könnte.⁴³

In Zäpotockys Rede ertönten jedoch auch pragmatische Worte, die davon zeugten, daß er sich über die Schwächen der kommunistischen Politik Gedanken machte: Er sprach über Organisationsmängel in der Wirtschaft, über die Aufblähung des administrativen Apparats, über den Kampf gegen Absentismus und Fluktuation, über den schlechten Zusatnd vieler Branchen der Volkswirtschaft und die Mängel in ihrer Lenkung.⁴⁴

Anmerkungen:

23 Vgl. SÜA-AÜV.

24 Vgl. Bericht der österreichischen Botschaft über die Trauerfeierlichkeiten für Gottwald vom Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA), MMfaA, II-pol. 1953, Karton 250 322 713./pol/53, Fasc. Tsch. 1-3.

25 Vgl. Archiv ministerstva vnitra t R Praha/Archiv des Innenministeriums der cR Prag (A 323-24-5, Stadtausschuß.

26 Vgl. SÜA-AÜV, Bestand 02/5 - Politisches Sekretariat des ZK, Bd. 56, AE 151, Si 14.4.1953, Punkt 23. Ferner Bd. 56, AE 156, Sitzung am 19.5.1953, Punkt 5.

27 AMV, Sign. 310-72-31, Maßnahmen zur Ankündigung der Durchführung der Währungsreform 1953

28 Vgl. AMV, Sign. 310-72-29, Anweisungen und Befehl des ZK der KPTsch zur Währungsreform; SÜA-AÜV, Bestand 02/5, Bd. 61, AE 164, Sitzung am 21.7.1953, Punkt 17e: Bericht über die Teilnahme der Armee bei der Sicherung der Durchführung des Beschlusses der tschechoslowakischen Regierung und des ZK der KPTsch über die Währungsreform und die Abschaffung des Markensystems. Vgl. Jici Bilek, t eskoslovenská armáda a menová reforma 1953, in: Historie a vojenství 44 (1995), S.66-91.

29 SÜA-AÜV, Bestand 01, Bd. 20, AE 33, Protokoll der Sitzung des ZK der KPTsch am 30.5.1953. 30 Ebd.

31 Vgl. Zdenek Jirásek/Jaroslav Süla, Velká peneznl loupez v c eskoslovensku 1953 aneb 50:1, Praha Der 30. und 31. Mai 1953, als die Menschen zu Hause von der Währungsreform

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---

erführen, verliefen im großen und ganzen ruhig. Als sie jedoch am Montag zur Arbeit kamen begannen sie, über die Angelegenheit zu diskutieren und ihrem Unmut Luft zu machen. Die

32 Vgl. ebd., S. 86-89.

33 Vgl. SÜA-AÜV, Bestand 02/5, Bd. 64, AE 175, Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK *aet* 17.9.1953, Punkt 4: Bericht über die Währungsreform und ihre Abrechnung.

34 Musilová, Währungsreform, S. 22.

35 Die späte Lohnauszahlung und der nachfolgende Umtausch gaben Anlaß zu Streiks in mehreren ben. Siehe Musilová, Währungsreform, S. 38-39.

36 Vgl. AMV, Sign. 310-72-30, Überblick über die Zahl der Streiks und ihre Gründe im Verlauf der Währungsreform. Siehe auch: Karel Kaplan/Jana Váchová, *Perzekuce po menove reforme v deskoslovensku v roste 1953. Dokumenty*, Praha 1993.

37 Vgl. SÜA-AÜV, Bestand 02/5, Bd. 61, AE 164, Sitzung des Politischen Sekretariats am 21.7.1953, Punkt 14c: Durchführung öffentlicher Gerichtsverhandlungen mit einer Gruppe von Provokateuren und Organisatoren staatsfeindlicher Demonstrationen und Provokationsstreiks im Ostrauer Bezirk.

38 Vgl. Jirásek/güla, *Velká peneinf loupel*, S. 100-102. Vgl. SÜA-AÜV, Bestand 02/5, AE 160, Sitzung des Politischen Sekretariats am 23.6.1953, Punkt 18: Vorschlag für einen öffentlichen Prozeß mit den Initiatoren der staatsfeindlichen provokatorischen Demonstration in Pilsen; ebd., Bd. 62, AE 167, Sitzung des Politischen Sekretariats am 5.8.1953, Punkt 13: Bericht über die Untersuchung der Ereignisse am 1. Juni 1953 in Pilsen und Entwurf einer Resolution des ZK der KPTsch.

39 Vgl. Ivan Martinovsky, *Plzeňské události roku 1953*, in: *Plzeňské noviny*, 1.6.1990 und 8.6.1990.

40 Jirásek/Aüla, *Velká penězní loupež*, S. 134-140; vgl. Štěpánek, Zdeněk: *Utajené povstání 1953*, Praha 1993.

41 Vgl. Jirásek./üla, *Velká penězní loupež*, S. 134-140.

42 SÜA-AÜV, Bestand 018 - Antonín Zápotocký, AE 110. Das Protokoll der Rede ist auch bei Musilová, Währungsreform, S. 123-138, abgedruckt.

43 *Vostocná Evropa v dokumentech sovětského archivu 1944-1953*, Teil 11, 1949-1953, Moskau 1998: Dokument vom 6.7.1953. Vgl. auch Begleitschreiben des sowjetischen Botschafters in Prag, A. Bogomolow, an Außenminister Molotow zur Übersetzung des Beschlusses der tschechoslowakischen Regierung und des Politischen Sekretariats vom 26.6.1953, datiert vom 27.6.1953.

44 SÜA-AÜV, Bestand 018 – Antonín Zápotocký, AE 110

[Quelle: Jiří Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung (Auszug), in: Christoph Kleßmann/ Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 98-103]

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---